

(93) Kap. 13: Stigmatisierung, Ausgrenzung, Ende der Emigration – Beginn der Deportationen

Die schnellen Siege der Jahre 1939/1940 hatten bei der deutschen Öffentlichkeit Hitlers Ansehen in entscheidendem Maße erhöht. Damit erweiterte sich auch Hitlers innenpolitischer Handlungsspielraum. Das wiederum hatte zur Folge, dass die „Endlösung der Judenfrage“ jetzt in unmittelbare Nähe rückte. Besonders verhängnisvoll war in dieser Situation, dass der deutsche Einmarsch in Polen mit zu diesem Zeitpunkt unvorstellbar brutalen Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung und speziell gegen die jüdische Bevölkerung¹ verbunden gewesen war: Hier waren entscheidende zivilisatorische Schranken gefallen. Darüber hinaus waren im Zuge der Annexion des Warthegaus und der Schaffung des „Generalgouvernements“ Massenumsiedlungen, verbunden mit der Einrichtung von Ghettos, erfolgt. *Polen war auf diese Weise zum Experimentierfeld des Vernichtungsprozesses geworden.*² Mit der Konzentration der Juden in separierten Ghattobereichen war ein entscheidender Schritt zur Vernichtung eingeleitet.

Wie verzweifelt die Lage der zu dieser Zeit noch in den europäischen Nachbarstaaten verbliebenen deutschen Flüchtlinge geworden war, verdeutlicht ein Brief, den Helene Stöcker, eine der international bekanntesten deutschen Frauenrechtlerinnen, am 7. Juni 1940 an Mosaika Förksamlingen, die schwedische Hilfsorganisation für die verfolgten Juden, richtet.³ Helene Stöcker war 1933 nach Zürich emigriert, 1940 weiter nach Schweden. Von hier aus versucht sie, in ein überseeisches Asylland zu gelangen. – Bemerkenswert ist, welche Ziel- bzw. Transitländer Helene Stöcker in diesem Schreiben in Erwägung zieht:

„Sehr geehrter Herr Dr. Michaeli,

Leider war mein Versuch beim Konsul von Haiti vollkommen negativ. Er erklärte, er habe ein Telegramm erhalten, wonach er nur noch schwedischen Bürgern ein Einreisevisum geben dürfe. Was nun? Ich wäre selbst noch einmal bei Ihnen vorbei gekommen, war aber ausserstande dazu, da ich das Pech hatte, vom Arzt eine Spritze zu bekommen, die [...] bei mir eine äusserst schmerzhafte Entzündung hervorrief, die mich gesundheitlich sehr heruntergebracht hat.

Da ich durch einen Bekannten aus New York hörte, ich solle mich doch auf den Rat von Thomas Mann mit Bermann-Fischer in Verbindung setzen, der doch in einer ähnlichen Lage sei wie ich, so interessierte es mich, von Frau Hedwig Fischer zu erfahren, dass ihr Schwiegersohn und ihre Tochter auf Touristenvisum nach USA gehen. Wenn ich mich recht erinnere, hielten Sie es nicht für praktisch, den Konsul hier um ein Touristenvisum zu bitten. [...] Das Schlimme ist, dass jetzt einem alle Wege verbaut scheinen und nur noch die sehr vagen Möglichkeiten einer Non-Quota-Einreise nach USA oder eines Touristenvisums nach USA bestehen. Hat es einen Sinn, Honduras anzugehen? Dass auch Finnland und England ein schriftliches Gesuch abgelehnt haben, sagte ich Ihnen wohl schon, ebenso

¹ Vgl. hier *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933 – 1945*. Bd. 3: *Deutsches Reich und Protektorat. September 1939 – September 1941*. Bearbeitet von Andrea Löw. München 2012.

² Raul Hilberg: *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Frankfurt 1990, S. 197.

³ Die Anfangszeile lautet: „Dr. phil. Helene Stöcker / Traneberg, 7. Juni 1940. Hunnebergsvägen 11, c/o Fryklöf. Tel. 25 29 23“. – Kopie aus dem Archiv der Jüdischen Gemeinde Stockholm [Judiska Förksamlingen].

Estland nach telephonischer Befragung. Für Russland scheint nur ein Durchreiservisum zu erwarten zu sein. Ich bin nun mit meiner Weissheit ziemlich am Ende. Was meinen Sie? [...]“⁴

Helene Stöcker gelingt letzten Endes die Flucht auf dem Transitweg über die Sowjetunion in die USA. Völlig verarmt stirbt sie hier 1943.

Eine andere Korrespondenz ist ebenso bemerkenswert. Bekannt sind die spektakulären Umstände, unter denen Nelly Sachs und ihre Mutter am 16. Mai 1940 mit dem letzten Flugzeug aus Berlin nach Stockholm gelangen.⁵ Weniger bekannt sind die langwierigen Bemühungen der Stockholmer jüdischen Gemeinde, die finanziellen Voraussetzungen für den Erhalt der erforderlichen schwedischen Aufenthaltserlaubnis sicherzustellen. Zwei Briefe an Gisela Warburg⁶ zeigen, wie sehr die Familie Warburg in die Bemühungen um die Rettung von Nelly Sachs und ihrer Mutter involviert war:

„Sehr geehrtes Fräulein Warburg,

Wir kommen zurück auf das Telegram vom 9.12., das wir von Dr. Vera Lachmann erhielten, und mit welchem diese uns mitteilt, dass Sie die Güte hatten, für Frau Margarete und Fräulein Nelly Leonie Sachs die Bezahlung von Kr. 75.- per Monat zu übernehmen, solange diese sich in Schweden aufhalten. Wir haben inzwischen einen Antrag auf Aufenthaltsbewilligung für Frau und Fräulein Sachs eingereicht und hoffen bald, eine Antwort zu erhalten. Damit die Sache auch rechtlich geordnet ist, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie die anliegende Verpflichtungserklärung unterzeichnen und schnellstens an uns zurücksenden wollten. Ihre Unterschrift wollen Sie durch 2 nicht mit Ihnen verwandte Personen bestätigen lassen. Herr Dr. Fritz Warburg, mit dem wir in dieser Angelegenheit in Verbindung stehen, bat uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass Sie zweckmässigerweise die monatliche Ueberweisung durch die Amsterdamer Firma Warburg & Co. vornehmen lassen. [...]“

Der zweite Brief verdeutlicht, dass die Jüdische Gemeinde Stockholm aufgrund der immer stärkeren Zahl von Flüchtlingen an die Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten gelangt ist:

„Sehr geehrtes Fräulein Warburg,

wir bestätigen mit Dank den Erhalt der uns von Ihnen freundlicherweise zurückgesandten Verpflichtungserklärung bezüglich der Damen Margarete und Nelly Sachs und teilen Ihnen mit, dass nach einem Brief, den wir jetzt erhalten haben, mit der Ankunft der beiden Damen in den allernächsten Tagen zu rechnen ist. Wir danken Ihnen gleichzeitig freundlichst für die übersandten ersten 75.- Kr. und möchten uns den Vorschlag erlauben, dass Sie für einige Monate im voraus jeweils den Betrag überweisen, damit nicht besondere Kosten entstehen.

Ferner bitten wir, Ihr Augenmerk darauf richten zu dürfen, dass den beiden Damen insgesamt 150 Kr. per Monat zur Verfügung stehen. Dieser Betrag reicht angesichts der Teuerung, die hier besteht, nicht aus, um einigermaßen den Lebens-

⁴ In der handschriftlichen Nachricht wird noch nach Auskünften für eine Emigration über Portugal als Transitland gefragt.

⁵ Ruth Dinesen: *Nelly Sachs. Eine Biographie*. Frankfurt 1992, S. 110 f.

⁶ Briefe (Absender: „H/M/C“) vom 6. März und 6. Mai 1940. – Kopie aus dem Archiv der Jüdischen Gemeinde Stockholm.

unterhalt zu sichern. Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie freundlichst dafür Sorge tragen könnten, dass sich noch andere Gönner finden, die uns in unserem Bestreben unterstützen, den Damen Sachs den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Nach unserer Ansicht wäre es dringend erwünscht, wenn nochmals 75.- Kr. Für beide Damen beschafft werden könnten.

Wie die Dinge heute liegen, ist es nicht möglich, von Seiten des hiesigen Kommittees Mittel für die Damen Sachs freizumachen, denn wir sind derart mit Unterstützungsanträgen überhäuft, dass wir nur der grössten Not abhelfen können. [...]"

Die Briefe der Jüdischen Gemeinde Stockholm an die Mitglieder der Familie Warburg sind Hilferufe aus äußerster Not.

*

Am 1. September 1941 wird aufgrund einer vom Innenministerium erlassenen Verordnung allen Juden des Großdeutschen Reichs und des Protektorats, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, auferlegt, in der Öffentlichkeit einen sechszackigen gelben Stern, den „Judenstern“, zu tragen.⁷ Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 15. Oktober in Kraft. Die Betroffenen müssen das Emblem in dem für sie zuständigen Gemeindebüro abholen und dabei folgende Erklärung unterschreiben:

„Mir sind die gesetzlichen Bestimmungen über das Tragen des Judensterns, das Verbot des Tragens von Orden, Ehrenzeichen und sonstigen Abzeichen bekannt. Auch weiß ich, daß ich meinen Wohnort nicht verlassen darf, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bei mir zu führen. Ich verpflichte mich, das Kennzeichen sorgfältig und pfleglich zu behandeln und bei seinem Aufnähen auf das Kleidungsstück den über das Kennzeichen hinausragenden Stoffrand umzuschlagen.“ (S. 280)

Die Einführung des Judensterns stellt in Hinblick auf die soziale Stellung der jüdischen Bevölkerungsgruppe einen entscheidenden Einschnitt dar. Durch die abverlangte Erklärung, bei jedem öffentlichen Auftreten den Judenstern zu tragen, wird die jüdische Bevölkerungsgruppe gezielt stigmatisiert und von der nichtjüdischen Bevölkerung separiert.⁸ Juden sind fortan gesellschaftliche Parias, „Ausgestoßene“. Die Verpflichtung, neben dem Judenstern keinerlei Orden und Ehrenzeichen zu tragen, stellt darüber hinaus eine spezifische Form der Demütigung und Erniedrigung dar. Die Leistungen, für die die Orden verliehen worden sind, werden durch das Verbot in symbolischer Form annulliert.

Parallel zur Einführung wird eine Pressekampagne initiiert. Ihre Absicht ist die Verunglimpfung der Juden als angebliche „Schädlinge am deutschen Volk“. In dieser Form wird in einer Anweisung, die der Reichspressechefs der NSDAP Otto Dietrichs am 26. September 1941 der Presse erteilt, die Zielsetzung der Maßnahme formuliert:

„Anhand der *Kennzeichnung des Judentums* bietet sich die Möglichkeit, dieses Thema in den verschiedensten Formen zu behandeln, um dem deutschen Volk die Notwendigkeit dieser Maßnahme klarzumachen und speziell auf die Schädlichkeit der Juden hinzuweisen. Der [Presse-] Schnelldienst gibt ab morgen Material aus,

⁷ Saul Friedländer: *Die Jahre der Vernichtung*. Das Dritte Reich und die Juden. Bd. 2 (1939 – 1945). München 2006, S. 279. – Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Band.

⁸ Moshe Zimmermann: *Deutsche gegen Deutsche*. Das Schicksal der Juden 1938 – 1945. Berlin 2008, S. 49.

was unter Beweis stellt, welche Schäden das Judentum Deutschland zugefügt hat [...]“ (ebd.)

Saul Friedländer macht darauf aufmerksam, dass zeitlich parallel zur Einführung des Judensterns auch die Auflösung des Jüdischen Kulturbundes angeordnet wird:

„Ob als nachträglicher Einfall im Gefolge der Verfügung über das Tragen des Judensterns oder als frühes Zeichen künftiger Entscheidungen: Am 11. September 1941 löste die Gestapo den Kulturbund auf. [...]“ (S. 284)

Die Folgen, die sich aus dieser Maßnahme ergeben, sind aus der Sicht von Saul Friedländer eindeutig:

„In Deutschland waren die letzten Überreste eines autorisierten jüdischen kulturellen Lebens ausgelöscht worden.“ (Ebd.)

Ein zentrales Kapitel der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte war damit annulliert.

Annähernd zur gleichen Zeit – zwischen Mitte Juli und Mitte August 1941 – fällt auch die Entscheidung, den gesamten Herrschaftsbereich, über die das NS-Regime zu diesem Zeitpunkt verfügt, „judenfrei“ zu machen.⁹ Vorgegangen ist das Scheitern des „Madagaskar-Plans“, also der Deportation der jüdischen Bevölkerung auf die französische Kolonie Madagaskar. Die mit dem „Madagaskar-Plan“ verbundene Idee einer „Umsiedlung“ der europäischen Juden wird jedoch weiterhin verfolgt. In der Frage ihrer Umsetzung wird dabei auf ältere Pläne zurückgegriffen. Bereits Ende Oktober 1940 waren Überlegungen hinsichtlich einer „Verschiebung“ der polnischen Juden angestellt worden. Das vordergründige Ziel war es dabei, Wohnraum für deutsche „Rückwanderer“ zu schaffen.¹⁰ Das ist offensichtlich eine Sprachregelung, mit der zwei unterschiedliche Zielsetzungen miteinander verknüpft werden: die „Germanisierung“ der annektierten polnischen Territorien und die Einleitung der „Endlösung“.¹¹

Die konkrete Gestalt, die die Planungen in der Zwischenzeit angenommen haben, wird in einem Dokument vorgenommen, das Theodor Dannecker, Eichmanns engster Mitarbeiter, verfasst. Es ist auf den 21. Januar 1941 datiert:

„Gemäß dem Willen des Führers soll nach dem Kriege die Judenfrage innerhalb des von Deutschland beherrschten oder kontrollierten Teiles Europas einer endgültigen Lösung zugeführt werden.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD [Heydrich] hat bereits vom Führer über den RF-SS [Himmler] Auftrag zur Vorlage eines Endlösungsprojektes erhalten.“¹²

Anschließend heißt es in dem Vermerk, dass das „Projekt“ aufgrund der „vorhandenen umfangreichen Erfahrungen in der Judenbehandlung“ und „dank der seit längerer Zeit geleisteten Vorarbeiten“, über die sowohl der SD als auch die Sicherheitspolizei verfügten, „in seinen wesentlichsten Zügen“ bereits ausgearbeitet sei. Allerdings müssten aufgrund des Umfangs dieses Projektes in Hinblick auf die „einer Gesamtabschiebung der Juden vorausgehenden

⁹ Christopher Browning: *Die Entfesselung der „Endlösung“*. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939 – 1942. Berlin 2006, S. 453.

¹⁰ Ebd., S. 160.

¹¹ Heydrich spricht am 19. Sept. 1939 bei einem Treffen mit Generalquartiermeister Wagner vom Oberkommando des Heeres von einer beabsichtigten „Flurbereinigung“ unter Polens „Judentum, Intelligenz, Geistlichkeit und Adel“ (Hilberg: *Vernichtung*, S. 200).

¹² S. 162.

Arbeiten“ als auch „auf die Planung einer bis ins Einzelne festgelegten Ansiedlungsaktion in dem noch zu bestimmenden Territorium“ noch „sorgfältigste Vorbereitungen“ getroffen werden.¹³

Das sind z.T. kryptische Formulierungen. Was sich hinter ihnen verbirgt, liegt jedoch auf der Hand, sofern man sich das bereits eingeleitete Euthanasieprogramm und die „Terrorwalze“ der Einsatzgruppen beim deutschen Einmarsch in Polen, von der Ludolf Herbst spricht¹⁴, vor Augen führt, vor allem aber auch die sich ständig steigende, exzessive Dynamik, die im Hinblick auf die „Endlösung der Judenfrage“ charakteristisch ist.

Den Plänen zu einer „Umsiedlung“ waren Maßnahmen zur „Konzentration“ der Juden vorangegangen.¹⁵ Dazu gehörte die Einführung der Zwangsnamen „Sara“ bzw. „Israel“ (17. Aug. 1939), die Separierung der jüdischen Bevölkerung in „Judenhäusern“ (30. April 1939) und das generelle Verbot (1. Sept. 1941), ohne schriftliche Erlaubnis, die Grenzen ihres Wohnbezirks zu verlassen (S. 181). In den städtischen Verwaltungen wurden „Judenumsiedlungsabteilungen“ eingerichtet (S. 179). Juden wurde der Führerschein entzogen und ein Ausgehverbot nach 20 Uhr erlassen (S. 180); Personalausweise und Lebensmittelkarten wurden mit dem „J“ gekennzeichnet (S. 183).¹⁶ – Bei den Verordnungen handelte es sich nicht um bloße Schikanen. Das Ziel der Maßnahmen, die hier nur in Einzelbeispielen Erwähnung finden, war es, die sozialen Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden einzuschränken bzw. gänzlich zu unterbinden (S. 165).

Die zentrale Phase der „Konzentration“ wird durch die Abschiebung von 600 000 Juden aus den dem „Reich“ eingegliederten Gebiete in das „Generalgouvernement“ eingeleitet. Die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements soll auf diese Weise auf 2 Millionen Juden anwachsen. Anschließend seien – so Heydrichs Plan – „diese zwei Millionen Juden in geschlossenen Bezirken – den Ghettos – zusammenzufassen“ (S. 215). Doch die Umsetzung des Plans verzögert sich. In den beiden ersten Monaten des Aussiedlungsprogramms werden etwa 200 000 Polen und Juden in das Generalgouvernement abgeschoben. In dieser Zahl sind auch 6000 Juden aus Wien, Prag, Mährisch-Ostrau (Protektorat) und Stettin enthalten.¹⁷ Damit hat der Prozess, das „Reich“ „judenfrei“ zu machen, begonnen. Am 12. Februar 1940 wird auf einer Konferenz in Berlin beschlossen, dass Lublin „Judenreservat“ werden soll (S. 217).

Raul Hilberg fasst die nunmehr einsetzende Entwicklung in folgender Weise zusammen:

„Im Oktober 1941 setzten im Reich Massendeportationen ein. Sie endeten erst mit dem Ende des Vernichtungsprozesses. Ziel dieser Deportationen war nicht länger die Aussiedlung, sondern die Vernichtung der Juden. Doch es gab zu diesem Zeitpunkt noch keine Tötungszentren, in denen die Opfer vergast werden konnten, und so beschloß man, die Juden bis zur Fertigstellung der Todeslager in die Ghet-

¹³ S. 162 f.

¹⁴ Ludolf Herbst: *Das nationalsozialistische Deutschland*, a.a.O., S. 370.

¹⁵ Raul Hilberg überschreibt Kapitel VI seiner Darstellung mit „Konzentration“ (Hilberg: *Die Vernichtung*, a.a.O., S. 164 ff. – Seitenangaben im Text beziehen sich auf die Darstellung von Hilberg.

¹⁶ Zum Zeitpunkt des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion befinden sich 53 000 jüdische Zwangsarbeiter im „geschlossenen Arbeitseinsatz“. – Moshe Zimmermann: *Deutsche gegen Deutsche*, a.a.O., S. 71.

¹⁷ Raul Hilbert sagt dazu: „Der Transport aus Stettin war so brutal verlaufen, daß er zur allseitigen Verlegenheit in der ausländischen Presse kommentiert wurde.“ (S. 216)

tos der eingegliederten und der neubesetzten sowjetischen Gebiete zu pferchen. Endstation in den eingegliederten Gebieten war das Ghetto von Lodz [„Litzmannstadt“].“ (S. 221 f.)

Hilberg führt in diesem Zusammenhang auch an, aus welchen Städten die nach Lodz Deportierten stammen:

„Am 16. Oktober [1941] trafen die ersten die ersten Transporte ein. Bis zum 4. November wurden in 20 Zugladungen 20 000 Juden ins Lodzer Ghetto verfrachtet: 5000 aus Wien, 5000 aus Prag, 4200 aus Berlin, 2000 aus Köln, 1100 aus Frankfurt, 1000 aus Hamburg, 1000 aus Düsseldorf und 500 aus dem besetzten Großherzogtum Luxemburg“ (S. 224)

Bereits während der Deportationen erfolgten Erschießungen. Die Lebensbedingungen im Ghetto Lodz sind in ihrer Grausamkeit kaum zu beschreiben. Die Zahl der Insassen des Ghettos beläuft sich auf rd. 200 000 Personen. Davon kamen 45 000 zu Tode.¹⁸

Natürlich sind die „Evakuierten“ – so die euphemistische Bezeichnung für die Deportation – sich darüber im Klaren, was ihnen möglicherweise bevorsteht. Es häufen sich daher die Selbstmorde. Die Zurückgebliebenen teilen diese Befürchtungen hinsichtlich des Schicksals ihrer Nachbarn und Freunde; gleichwohl warten sie weiterhin auf beruhigende Nachrichten. – Der in Hamburg-Volksdorf lebende, 76 Jahre alte Kaufmann Dr. Theodor Tuch notiert dazu am 30.12.1941 in seinem Tagebuch:

„Von den am 4 December ‚Evacuirten‘ liegt bis jetzt noch keinerlei Nachricht vor. Nicht einmal wohin die Leute gebracht sind weiss man. Die kleine, kluge Lehrerin Sabine und eine Freundin haben sich die Pulsadern aufgeschnitten. Der Freundin gelang es. Sabine wurde gerettet, aber ihre Hand musste amputiert werden.“¹⁹

Selbst wenn eine Nachricht eintrifft, tritt keine Beruhigung ein. Vielmehr vergrößert sich der Zweifel:

„Von der 3n Parthie [den Mitmietern im ‚Judenhaus‘] ist heute eine Karte aus Litzmannstadt angekommen. Es stand Nichts darauf als ‚RM x empfangen‘. Warum hat die 3e Partie wohl nicht mehr geschrieben?“

Im Eintrag vom 7. Januar 1942 heißt es dann:

„Von den Transporten Nov./Dec./41 weiss man noch Nichts. Man weiss nicht einmal, wohin die Transporte gegangen sind und keinerlei Nachrichten sind von dort hier eingetroffen.“

Am 16. Januar kommt eine Karte zurück:

„Von der 3n Parthie in Litzmannstadt. Eine Karte, die Clara [Theodor Tuchs Frau] dorthin gesandt hatte, kam zurück mit dem postalischen Vermerk: ‚Zurück. In der Straße des Empfängers findet z.Z. keine Postzustellung statt‘. Das lässt tief blicken.“

Am 7. April 1942 heißt es dann:

¹⁸ Hilberg: *Die Vernichtung*, S. 279 ff. – Kurz nach Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion gibt es 53 000 jüdische Zwangsarbeiter im „geschlossenen Arbeitseinsatz“ (

¹⁹ Ursula Randt, die Herausgeberin des Tagebuchs, erläutert in einer Anmerkung, dass Tuch sich auf den Transport vom 6. Dezember 1941 bezieht, der nach Riga ging. Vorangegangen waren Transporte nach Litzmannstadt (Lodz) am 25.10.1941 und nach Minsk am 8.11.1941.

„Das Schicksal der nach Polen gebrachten J. ist, obgleich keine Briefe von dort kommen, also nicht kommen dürfen, sehr, sehr, sehr traurig. - - -“

Schließlich werden auch die noch verbliebenen Juden deportiert. Am 10. Juli 1942 schreibt Theodor Tuch in sein Tagebuch:

„Aber bis zum 1.8. müssen *alle Juden* aus Hamburg fort. Morgen geht der erste Transport. Wahrscheinlich kommen wir nach Theresienstadt, nördlich Prag.“

Es folgt ein Abschiedsgruß an die Kinder, die Adressaten des Tagebuchs:

„Also lebt wohl und lasst es Euch gut gehen.

Vater“²⁰

Nach Theresienstadt, in das vermeintliche „Altersghetto“, wurden mehr als 140 000 Juden deportiert. Auch Privilegierte hatten in Theresienstadt kaum Überlebenschancen.²¹ Als Theresienstadt am 9. Mai 1945 von russischen Truppen befreit wurde, befanden sich hier noch 16 832 Menschen. Theresienstadt war nur eine Zwischenstation in das Vernichtungslager Auschwitz.

²⁰ Theodor Tuch: *An meine Tochter*. Aufzeichnungen eines Hamburger Juden 1941/42. Hrsg. von Ursula Randt. – In: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 1985.

²¹ H.G. Adler: *Theresienstadt 1941 – 1945*. Das Anlitz einer Zwangsgemeinschaft. Reprint der 2. Auflage 1960, S. 45. Vgl. auch Richard Feder: *Jüdische Tragödie – Letzter Akt*. Theresienstadt 1941 – 1945. Bericht eines Rabbiners. Hrsg. von Michael Philip. Potsdam 2004.